

Birke, Peter

## **Bildungsprobleme in der ehemaligen Sowjetunion im Spiegel der Presse**

*Zeitschrift für Bildungsverwaltung* 8 (1993) 1, S. 57-62



Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:

Birke, Peter: Bildungsprobleme in der ehemaligen Sowjetunion im Spiegel der Presse - In: Zeitschrift für Bildungsverwaltung 8 (1993) 1, S. 57-62 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-16962 - <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-16962>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz  
Leibniz-Gemeinschaft

**Peter Birke**

## **Bildungsprobleme in der ehemaligen Sowjetunion im Spiegel der Presse**

Die Presse wirft sich in ihrer Berichterstattung und Kommentierung vor allem auf Themen und Ereignisse, die aus dem "normalen" Ablauf des Alltags herausragen, etwas Außergewöhnliches oder Neues darstellen. Die radikalen Veränderungen im ehemaligen Ostblock bieten dazu derzeit reichlich Gelegenheit. Dies ist auch im Hinblick auf Entwicklungen im Bildungsbereich zu beobachten. Wir haben aus dem Material unserer "Zeitungsdokumentation Bildungswesen" alle Artikel durchgesehen, die von Anfang 1992 bis Mitte 1993 über die Ostblockländer berichteten und daraus den Schwerpunkt Rußland/GUS/Baltikum ausgewählt. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß die folgenden schlaglichtartigen Darstellungen keine wissenschaftlich haltbare und vollständige Wiedergabe der Realitäten sind, sondern sich auf das stützen, was die Zeitungen für interessant (und sensationell) genug hielten, um ihre Leser darüber zu informieren. Das Folgende wird daher eher eine auf Einzelfälle gestützte Illustration der tatsächlichen Zustände und Veranschaulichung der Probleme bei der Umsetzung der staatlichen Reformpolitik sein.

### **1 Rußland / GUS**

#### *1.1 Schule / Lehrer*

Eine der "Sensationen" war: Die Lehrer streiken. "Die Pädagogen sind derzeit diejenige Berufsgruppe, die sich in Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion am häufigsten im Ausstand befindet. Im Januar 1992 streikten ... allein 164 Einrichtungen der Volksbildung" (DLZ). Im April wird über ausgedehnte Streiks in Rußland, der Ukraine und Sibirien berichtet und die Lehrgewerkschaften drohen für den 22. Mai mit einem GUS-weiten Generalstreik; dieser wird durch Zugeständnisse der Regierung aber abgewendet. Die Lehrer wollten mit diesen Aktionen (natürlich) eine Gehaltserhöhung bewirken. Das mag ironisch formuliert klingen, ist es aber nicht: die soziale Lage der Lehrer ist wirklich eine "grande misère" (Le Monde). Vor den Erhöhungen betrug das Durchschnittsgehalt 1810 Rubel monatlich, das

sind 29 % weniger als bei einem Industriearbeiter. Laut "Le Monde" sind es 1000 Rubel für Primar- und 1200 für Sekundarschullehrer, jedenfalls ungefähr der Gegenwert von 6 Kilo Butter.

Die allgemeine Finanzkrise und die "rigorose Sparpolitik" wirkt sich nicht nur auf die Lehrerbesoldung aus: Wie will man z.B. die Lehrplanreformen durchführen, wenn wegen Papiermangel keine neuen Schulbücher gedruckt werden können? Oder wie will man Unterricht abhalten, wenn man "nicht mal eine Glühbirne auswechseln kann"? Im ersten Schulhalbjahr 1992/93 erhielten die Bildungseinrichtungen nur 47 % der benötigten Finanzmittel. Trotz der begrenzten Zahlungsfähigkeit soll aber die mittlere Schulbildung weiter kostenlos bleiben.

Als Problem wird auch gesehen, daß der Bestand der Lehrerschaft insgesamt gefährdet sein könnte: Unzureichende Bezahlung und sinkendes Prestige des Berufes führen zur Abwanderung von Lehrern in Tätigkeiten, die lukrativer erscheinen, zu Nebenbeschäftigungen oder dazu, daß weniger junge Menschen sich motiviert fühlen, eine Ausbildung für diesen Beruf anzufangen. Eine allgemeine "Lehrerflucht" hatte zur Folge, daß zu Beginn des Schuljahres 1992/93 23000 Lehrkräfte fehlten: Überfüllte Klassen und Mehrarbeit der verbliebenen Lehrer blieben daher nicht aus.

Ferner wird festgestellt, daß ein großer Teil der amtierenden Lehrer nicht genügend qualifiziert sei. Anfang 1993 hat man sich daher entschlossen, für das angestrebte gegliederte Schulsystem eine moderne pädagogische Ausbildung der Lehrer zu schaffen und zwar eine universitäre. Allerdings "konnte man sich bisher nur darauf verständigen, die inhaltliche Ausgestaltung der Pädagogikausbildung künftig in föderale Verwaltung zu geben. Nebenher gründete man ein Komitee, das sich ausschließlich dem Pädagogikstudium widmen wird - zentral".

### *1.1.1 Privatschulen als Experimentierfelder*

Es wird aber auch beschrieben, daß die geschilderten Probleme zu "Experiment und Wandel" führen. Da v.a. junge Lehrer "den Glauben an die bildungspolitische Kompetenz der gegenwärtigen Regierung verloren" haben, die Eltern "den reformerischen Versprechungen schon lange mißtrauen" und angesichts der oben angedeuteten Zustände an den staatlichen Schulen um die Zukunftschancen ihrer Kinder fürchten, gründen sie (in den Großstädten) "alternative" oder "parallele" Schulen, an deren Verwaltung und Unterricht die Eltern dann auch beteiligt sind - und an ihrer Finanzierung. (In Rußland gibt es Anfang 1993 neben den 70.000 staatlichen schon 300 Privatschulen - allein in Moskau über 100). Die herangezogenen Zeitungsartikel zeigen ein buntes Mosaik von Versuchen, das sowjetische Modell zu verlassen, wobei auch die herrschende "Orientierungslosigkeit" sichtbar wird. Aus den ange-

führten Einzelfallbeispielen greifen wir heraus: \* Demokratischer Unterrichtsstil, der an "Summerhill" erinnere, \* ein Probekurs in Familienpsychologie mit von der Lehrerin selbst entwickelten und hergestellten Unterrichtsmaterialien, \* eine "Schule für Kunst, Kultur und Freiheit" mit einem, nicht mehr von der Moskauer Zentrale vorgegebenen "eklektischen Curriculum", z. B. für Freie Rede, Etikette und Bühnenbildnerie, lockerem "chaotischem" Unterricht inklusive Feldstudien am Schwarzen Meer (Ausgraben von Ruinen, Studium der Pflanzenwelt). Zu den Erziehungszielen seiner Schule sagt der Direktor, in den Normalschulen habe man den Schülern Bildung mit dem Hammer eingebleut, sie durch den Fleischwolf gedreht und danach zu Einheitschülern gepreßt - seine Schule dagegen wolle "den Genius in jedem Kind erhalten".

Um das Privatschulwesen einigermaßen zu steuern, gibt es seit Anfang 1993 ein Gesetz, das die Privatschulen legalisiert und ihnen den gleichen Status und die gleichen Rechte wie den staatlichen verleiht. Umstritten daran ist, daß die Betreiber verpflichtet werden, "ein staatlich festgesetztes Ausbildungsniveau zu garantieren" und zwar durch finanzielle Zuwendungen des Staates, der sich auf diese Weise Einflußmöglichkeiten sichern will. Der Staat bezahlt bei 80% der Privatschulen u.a. die Lehrer, die Gebäude und die Schulverpflegung.

Allerdings existieren auch Initiativen, die sowjetische Vergangenheit in eine andere Richtung hin zu überwinden: Die gebildete Mittelschicht leistet sich Privatunterricht und "Hausschulen", Gymnasien und Lyzeen erinnern "in manchem an die vorrevolutionären Adelsschulen", es gibt ein altsprachliches Gymnasium in St. Petersburg, das von "Pädagogen aus Leidenschaft betrieben wird" und "offensichtlich einen dem sowjetischen Kollektivmenschen entgegengesetzten neuen Elite-Menschen hervorbringen" will. Die Direktorin einer von einem kanadischen Exilrussen finanzierten Privatschule, welche die Korrespondentin von "Le Monde" an eine schicke Junior School des amerikanischen jet-set erinnert, spricht dies offen aus: "Wir erziehen hier die künftige Elite unseres Landes" und "Ein Kind aus benachteiligtem Milieu, auch wenn es ein kleines Genie ist, wird bei uns nie studieren" - alles eine Frage von Rentabilität und Prestige!

Religionsunterricht, mancherorts als Pflichtfach, ist im Vormarsch; da keine ausgebildeten Religionslehrer vorhanden sind, wird er von Priestern abgehalten, die aber eher Anhänger für die orthodoxe Kirche werben als Wissen vermitteln wollen. Und schließlich fanden wir noch dieses Beispiel von reformerischem Übereifer: In einem Bezirk im Ural hat das regionale Erziehungsministerium den Schulen empfohlen, nun statt der marxistisch-leninistischen Standardtexte die Reden von Boris Jelzin auswendig lernen zu lassen.

## 1.2 Hochschule

Auch hier ist die mangelnde Finanzausstattung das Hauptproblem, auf das sich die Presseberichte konzentrieren. Hochschullehrer sollten nach den staatlichen Vorstellungen und Versprechungen eigentlich mehr verdienen als Facharbeiter, verdienen aber tatsächlich etwa gleich viel, mit der Folge, daß viele Lehrer Nebentätigkeiten aufnehmen oder gleich ganz abwandern.

Die soziale Lage der Studenten ist noch bedrückender und bedrückter. In einer Umfrage gaben 90% der Studenten an, daß ihr Lebensstandard im letzten Jahr gesunken ist. Studenten, die allein von ihren mageren Studienbeihilfen (300 Rubel pro Monat - Stand vom Mai 1992) leben müssen, stehen am Rande der Unterernährung (eine Dose Schmalzfleisch kostet schon 250 Rubel). Wie die Inflation rast, sieht man an den Zahlen für Mai 1993: 3.600 Rubel monatliches Stipendium, wofür man gerade noch "eine der berühmtesten Pikant-Salamis" bekommt. So bessern viele Studenten ihre Finanzen durch allerlei legale und Schwarzmarktgeschäftchen auf oder schreiben für 4000 Rubel ausländischen Studenten ihre Dissertationen auf Russisch. Eine Meldung vom Mai 1993 berichtet von einigen Studenten, die nur noch im "Nebenberuf Student" sind: Ein Informatikstudent arbeitet in einer Privatbank und verdient dabei das Zehnfache eines normalen Stipendiums. Ein anderer hat eine private Firma für Touristikdienstleistungen gegründet und mietet die Firmenräume von seiner Hochschule. Eine Studentin meint zu solchen Zuständen: "Die Hochschulausbildung ist total entwertet worden, weil die jungen Leute eher ins Geschäftsleben gehen und im Ausland ein- und verkaufen, denn dort gibt's das gute Geld".

Die Finanzschere öffnet sich auch von der anderen Seite her: Die in der Sowjetunion garantierte Gratis-Hochschulausbildung wurde abgeschafft, "russische Studenten müssen die vollen Kosten zahlen", "Studenten, die sich für Kurse an der Sprachenfakultät der Moskauer Universität bewerben, müssen für ein Jahr ihres Kurses 30.000 Rubel bezahlen, bevor sie für das nächste akademische Jahr angenommen werden", das sind zwei Moskauer Durchschnitts-Jahresgehälter. Es gibt allerdings auch noch festgelegte Freiplätze und es erfolgt ein Inflationsausgleich bei den Studiengebühren. Über die Höhe der Studiengebühren können die Hochschulen selbständig entscheiden.

Der Zerfall des sowjetischen Einheitsreiches bedeutete auch das Ende einer einheitlichen Bildungspolitik - offenbar macht jeder autonome GUS-Staat seine eigene. Als konkretes Beispiel wird über Weißrußland berichtet, das als zweiter GUS-Staat eigene Verfahren zur Regelung der Hochschulabschlüsse und Zertifikate einrichtet - bisher mußten alle Dissertationen an die Zertifikatskommission (VAK) nach Moskau geschickt werden und in Russisch geschrieben sein; jetzt ist in Weißrußland auch die Verwendung der Landessprache erlaubt bzw. wird gefördert.

Die Verselbständigung der Republiken vollzieht sich immerhin noch mit so viel Vernunft, daß man eine gewisse gegenseitige Abstimmung und Übergangsregelungen denn doch für nötig erachtet. So wird im Mai gemeldet, daß die Erziehungsminister der GUS auf einer Tagung festgelegt haben, die akademischen Diplome der einzelnen Republiken in allen anderen anzuerkennen. Ferner dürfen Studenten, die ihr Studium vor dem Ende der Sowjetunion in einer Republik begonnen haben, in der sie nicht geboren wurden, dieses Studium kostenfrei zu Ende bringen. Vorher hatten einzelne Republiken solche "ausländischen" Studenten einfach nach Hause geschickt. Wie kompliziert die neuen Beziehungen aber sind, zeigt die auf der selben Tagung getroffene Regelung, daß jede Hochschule das Recht hat, Studienbewerber aus anderen Republiken zuzulassen - oder abzulehnen und daß es bilaterale Abkommen zwischen den Republiken oder einzelnen Universitäten in dieser Frage geben soll.

Auch im Hochschulbereich breiten sich private Anstalten aus, von denen nach Einschätzung der "Zeit" "nur wenige seriös" seien. Im April 1993 sind es über 60 offiziell registrierte private Neugründungen. Zum Teil seien es "Schnellschüsse smarter Geschäftsleute", also westlicher und russischer Firmen, die hauptsächlich Business und Management lehren.

## **2 Baltische Staaten: Hochschule**

Abschließend seien noch einige Entwicklungen aus den von der ehemaligen Sowjetunion völlig unabhängig gewordenen baltischen Staaten zitiert. Die Deutsche Universitätszeitung faßt sie so zusammen, "daß man in der Lage war, westliche Universitätssysteme einzuführen. Anstelle zentralistischer Kontrolle genießen die Universitäten jetzt volle Selbstverwaltung". Die neuen Hochschulsysteme der drei Staaten sind nach US-Vorbild gestaltet und bieten auch entsprechende Studienabschlüsse.

Allerdings beklagt man sich auch, daß der "Ballast der alten Zeiten", vor allem in Gestalt konservativer oder oberflächlich gewendeter Hochschullehrer, die Reformen verzögert. In Estland ist man Anfang 1993 dabei, "15.000 Träger höherer akademischer Grade auf ihren akademischen Werdegang" zu überprüfen und die geschätzten 5 % zu ermitteln, die ihre Privilegien offensichtlich von den früheren sowjetischen Behörden ohne Nachweis einer entsprechenden wissenschaftlichen Leistung erhalten haben.

Der am weitesten fortgeschrittene baltische Staat ist Estland. Hier wurde u.a. ein Punktesystem für Studienanfänger eingeführt, man geht von den Pflichtkursen ab und veranlaßt die Studenten, sich ihre Kurse selbst auszusuchen, um ihnen eine individualspezifische Ausbildung zu ermöglichen, ferner wird ein Diplomsystem nach US-amerikanischem Vorbild eingerichtet. Die

Förderung der Nationalsprache und die Zurückdrängung der russischsprachigen Abteilungen sowie verstärkter Austausch mit westlichen Institutionen sind weitere Reformpunkte.

Ein Sonderfall ist die litauische Universität in Kaunas. Sie wurde direkt von litauischen Amerikanern wiedergegründet und orientiert ihr Grundstudium nach dem Vorbild von Harvard. "Die Universität ist privat, wird aber zum Teil staatlich gefördert. Es gibt keine Studiengebühren; alle Studenten mit bestimmten Mindestleistungen bekommen ein staatliches Stipendium".

Eine Gemeinsamkeit der baltischen Staaten ist die Tendenz, Zulassungsprüfungen abzuschaffen: man will möglichst vielen Studenten "eine Chance geben - selbst wenn später fast die Hälfte wieder aussteigt". Obwohl die Reformer "die Notwendigkeit großzügiger Stipendien und Darlehen betonen", um nicht nur Reichen den Hochschulzugang zu ermöglichen, will man doch Studiengebühren einführen: einmal, damit mehr Geld reinkommt, aber auch weil das "die Studenten zwingen wird, das Studium etwas ernster zu nehmen". Denn die Studenten scheinen sich erst allmählich an die neuen Freiheiten und an die Notwendigkeit der Selbstverantwortung zu gewöhnen.

Ein Rektor meint: "Sie haben das Gefühl, sie haben nur Rechte aber keine Pflichten", begännen aber, über die Zukunft nachzudenken. Ein Student, der ebenfalls zitiert wird, hat das offenbar begriffen, wenn er sagt: "Es hängt alles von uns selbst ab."